

BFR-K-06 Klimakrise als Menschheitsaufgabe: für Klimaschutz, für Freiheit

Gremium: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 02.09.2022
Tagesordnungspunkt: TOP 7 Vorbereitung BDK

Antragstext

- 1 Die Klimakrise ist jetzt. Der Sommer hat uns erneut vor Augen geführt: Wetterextreme
- 2 häufen sich und werden immer gefährlicher. Die Hitzewellen des Jahres 2022 hatten Regionen
- 3 auf allen Kontinenten wochenlang im Griff, auch hier in Deutschland hatten wir mit
- 4 Temperaturrekorden zu kämpfen. Symptomatisch erlebten wir in Brandenburg und
- 5 Sachsen gefährliche Brände; es waren Evakuierungen und Löscharbeiten notwendig, die unsere
- 6 Rettungskräfte an ihre Grenzen brachten. In weiten Teilen Europas wurden Flüsse zu
- 7 Rinnsalen. Auch in Spanien und Italien loderten verheerende Waldbrände in
- 8 ungekanntem Ausmaß, während Länder wie Pakistan von schier unbändigen Überschwemmungen
- 9 heimgesucht wurden.
- 10 Die Flut im Ahrtal ist derweil erst ein Jahr her – eine Katastrophe, deren Zerstörungen
- 11 wir bis heute bewältigen müssen. Menschen trauern um ihre Angehörigen, noch immer
- 12 sind viele ohne neue dauerhafte Unterkunft und haben Angst vor neuen Starkregenereignissen.
- 13 Der Weltklimarat IPCC hat berechnet, dass Extremtemperaturen, die sich ohne die
- 14 menschengemachte Klimaerhitzung einmal pro Jahrzehnt entwickeln würden, heute
- 15 fast dreimal so oft passieren, länger andauern und mit bis zu 1,2 Grad deutlich heißer sind. Die
- 16 Folge: Gefahr für Leben und Gesundheit der Menschen und eine zunehmende Zahl von
- 17 Hitzeopfern. So war der Juni 2022 weltweit der drittheiße Monat seit Beginn der Aufzeichnungen, in
- 18 Europa sogar der zweitheiße. Auch die Weltmeere erhitzen sich in einem dramatischen
- 19 Tempo.
- 20 Die drohende Heißezeit und der drastische Verlust biologischer Vielfalt stellen nicht
- 21 weniger als unsere Lebensgrundlagen in Frage und sind damit die größten Gefahren für unsere
- 22 Zukunft. Hitze und Dürre haben einschneidende Folgen für Mensch und Natur, für die Umwelt,
- 23 für Infrastruktur und Wirtschaft. Die mit der Überhitzung und mit dem gravierenden Arten-
- 24 Aussterben verbundenen multiplen Krisen verstärken sich gegenseitig, schränken
- 25 unsere

24 Handlungsfähigkeit – und damit unsere Freiheit ein. Das zunehmend unwirtliche Klima
und der
25 Verlust gesunder Natur bedrohen das Leben und die Heimat von Millionen von
Menschen schon
26 heute. Das gilt umso mehr für die kommenden Generationen.

27 Mit dem Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vor anderthalb Jahren wurde
erneut klar: Die
28 Klima-Frage ist eine Frage der Erhaltung unserer Freiheit. Ein Leben in Frieden, Freiheit
29 und Sicherheit ist in Deutschland und weltweit nur durch konsequenten Klimaschutz
möglich.

30 Und: Die Menschen in den Ländern, die am wenigsten dazu beigetragen haben, leiden
am meisten
31 unter den Folgen der Klimakrise. Klimaschutz ist deshalb immer auch ein Beitrag zu
mehr
32 globaler Gerechtigkeit.

33 Die Weltgemeinschaft hat sich im Pariser Klimaabkommen darauf festgelegt, die
Erderhitzung
34 auf deutlich unter 2 Grad, möglichst 1,5 Grad zu begrenzen. Die Bundesregierung hat
sich das
35 Ziel gesetzt, Deutschland auf den 1,5-Grad-Pfad zu bringen. Wir Grüne stehen dafür,
die
36 notwendigen Schritte in allen Sektoren und auf allen politischen Ebenen zu gehen,
damit das
37 gelingt. Dafür wurden wir in die Verantwortung gewählt. Dieser Aufgabe fühlen wir uns
38 verpflichtet. Das ist der Grund, warum wir Politik machen. Es ist die Aufgabe unserer
Zeit.

39 **Das Ziel fest im Blick**

40 Die Ausgangslage könnte kaum herausfordernder sein. Der Ausstoß von
Treibhausgasen wurde in
41 der Vergangenheit nur unzureichend gemindert. Wichtige klimapolitische Ziele, die wir
uns in
42 Deutschland und weltweit gesetzt haben, werden absehbar verfehlt werden. In den
letzten
43 Jahren ist zu viel versäumt und bewusst behindert worden. Es wurden viel zu wenige
und meist
44 wirkungsschwache Anstrengungen unternommen, die erneuerbaren Energien
auszubauen, uns von
45 fossilen Energieträgern unabhängiger zu machen, nachhaltigen Wohlstand zu schaffen
und
46 konsequente Maßnahmen zum Schutz des Klimas umzusetzen. Sonst wären wir jetzt
besser
47 vorbereitet auf die aktuellen Krisen. Umso größer und dringender ist der
Handlungsbedarf in
48 den kommenden Jahren.

49 Gleichzeitig zwingt uns der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine
–
50 mit all seinen Folgen für die Versorgungssicherheit – neue Wege zu gehen. Zum

festgesetzten

51 Ziel, Deutschland klimaneutral zu machen, kommt nun hinzu, die Abhängigkeiten von russischen

52 Energiequellen schnellstmöglich zu beenden und gleichzeitig die Versorgungssicherheit für

53 Verbraucher*innen und Wirtschaft, Industrie und öffentliche Einrichtungen zu gewährleisten.

54 Dafür drosseln wir den Gasverbrauch, diversifizieren unseren Energieimport und bauen

55 schwimmende wie feste LNG-Anlandepunkte. Die festen wollen wir bis 2030 auf Wasserstoff

56 umrüsten. Für den Notfall bleiben zudem Kohlekraftwerke etwas länger in der Reserve. Vor

57 allem aber vervielfachen wir das Tempo beim Ausbau der erneuerbaren Energien. Um die

58 Energieversorgung in Deutschland komplett darauf umzustellen, intensivieren wir die Effizienzmaßnahmen und reduzieren unseren Verbrauch durch Energieeinsparungen.

60 Gerade weil wir jetzt schwierige Schritte gehen müssen, ist es so wichtig, dass wir

61 schneller werden beim Ausbau der Erneuerbaren. Das Tempo der Emissionsminderungen muss sich

62 gegenüber dem Status quo in den kommenden Jahren insgesamt mehr als verdoppeln und dann bis

63 2030 nahezu verdreifachen, damit wir die Ziele im Bundesklimaschutzgesetz erreichen.

64 Durch eine fehlgeleitete Energiepolitik im vergangenen Jahrzehnt ist die sichere

65 Energieversorgung in Deutschland gegenwärtig eine der größten Herausforderungen. Eine

66 zentrale Ursache liegt in der fundamentalen Abhängigkeit von Russlands fossilen

67 Energieträgern, für welche die vorangegangenen Regierungen die Verantwortung tragen. Die

68 energiepolitische Abhängigkeit von Russland schwächt Deutschland und Europa, mindert unsere

69 Freiheit, unsere Unabhängigkeit und senkt unsere Fähigkeit, nachhaltig, also im Einklang mit

70 den planetaren Grenzen und der Freiheit zukünftiger Generationen zu wirtschaften. Die

71 konsequente politische Schlussfolgerung daraus ist der beschleunigte Ausstieg aus der Kohle

72 bereits im Jahr 2030 und eine Stromversorgung, die 2035 auf 100 Prozent Erneuerbaren

73 basiert. Das ist nicht nur von zentraler Bedeutung für das Klima und die Frage der

74 Energieunabhängigkeit, sondern auch, um den Anstieg der Energiekosten zu bremsen.

75 **Mit Plan und Pragmatismus zum Ziel**

76 Wir konnten in den ersten Monaten der Ampel-Regierung schon vieles auf den Weg bringen. Wir

77 haben im Bund und in Europa zahlreiche Blockaden gelöst und Deutschland zum Motor in Sachen

78 erneuerbarer Energieerzeugung gemacht. Das beschlossene Gesetzespaket zur

Novelle des
79 Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) und des Bundesnaturschutzgesetzes, das Wind-
auf-See-
80 Gesetz und das Wind-an-Land-Gesetz werden den Ausbau der erneuerbaren Energien
unter Wahrung
81 hoher ökologischer Schutzstandards endlich wieder deutlich beschleunigen. Begleitend
werden
82 wir mit nationalen Artenhilfsprogrammen alles Notwendige tun, um betroffene
Bestände in
83 einen guten Erhaltungszustand zu bringen.

84 Die Bedingungen für den Bau neuer Windkraftanlagen, für mehr Solar auf den Dächern
und für
85 mehr Bürger*innenenergieprojekte wurden massiv verbessert. Zwei Prozent der
Landesfläche
86 sollen künftig für Windenergie genutzt werden und Ökostrom-Anlagen bekommen
gegenüber
87 anderen Nutzungsformen eine deutlich höhere Priorität. Dazu wurde im EEG
festgeschrieben,
88 dass Erneuerbare von überragendem öffentlichem Interesse und auch im Interesse der
89 öffentlichen Sicherheit sind. Damit werden Genehmigungsverfahren deutlich
beschleunigt.
90 Jetzt gilt es, diese neuen Möglichkeiten konsequent vor Ort und in den Ländern
umzusetzen,
91 damit in den kommenden Jahren 200 Gigawatt (GW) Photovoltaik gebaut werden, bei
Wind an Land
92 100 GW und bei Wind auf See mindestens 30 GW.

93 Auf europäischer Ebene haben wir die Weichen für mehr Klimaschutz im Verkehr
gestellt. Wir
94 haben uns erfolgreich dafür eingesetzt, dass für neu zugelassene Pkw der fossile
95 Verbrennungsmotor ab dem Jahr 2035 der Vergangenheit angehört. Denn
insbesondere im Verkehr
96 gibt es aufgrund von jahrzehntelangem Stillstand enormen Nachholbedarf.

97 Deutschland soll 80 Prozent des Stroms bis zum Jahr 2030 und 100 Prozent bis 2035
aus
98 erneuerbaren Energien erzeugen – und im gleichen Maße unabhängig von fossilen
Importen
99 werden. Gleichzeitig schließen wir endlich die Lücke zwischen Notwendigkeit und
Realität:
100 Wären wir bereits heute so weit, wie es klimapolitisch notwendig wäre, wären wir
bedeutend
101 weniger abhängig von Putins Öl und Gas.

102 Wir Grüne gehen diesen gesetzten Auftrag mit Mut, Kooperationswillen und
103 Verantwortungsbewusstsein an. Als Teil der Bundesregierung und als Partei, die dem
104 Gemeinwohl verpflichtet ist – und Verantwortung für die ganze Gesellschaft
übernimmt. Wir
105 müssen die Klimaziele erreichen, um die Freiheit und Würde der Menschen zu
bewahren.

106 Wir haben im Koalitionsvertrag erreicht, dass die Bundesregierung noch in diesem Jahr
ein
107 Klimaschutz-Sofortprogramm auf den Weg bringt, das alle für das Erreichen der
Klimaziele
108 2030 notwendigen Gesetze, Verordnungen und Maßnahmen umfasst. Gerade
angesichts der sich
109 immer weiter verschärfenden Klimakrise muss die Bundesregierung dieses Programm
nun
110 unverzüglich vorlegen; alle Bundesministerien und Koalitionspartner sind aufgefordert,
111 konstruktiv und ohne Scheuklappen die notwendigen Maßnahmen auf den Weg zu
bringen.

112 Zudem sollten, wie im Koalitionsvertrag verabredet, die einzelnen Sektoren ihrer
113 Verantwortung gerecht werden. Denn mit diesen Maßnahmen setzen wir das klare
Signal, dass
114 wir die Klimaziele in allen Sektoren erreichen müssen. Paris-konforme Klimaneutralität
lässt
115 sich nur erreichen, wenn die Emissionen in allen Sektoren schnell beendet werden.

116 Gerade wegen des Krieges gegen die Ukraine und der immer stärker wahrnehmbaren
Folgen der
117 Klimakrise mögen manche zweifeln, ob all das zu erreichen ist. Schon wieder sagen
manche,
118 dass es jetzt Wichtigeres gebe. Aber genau diese Haltung hat uns an den Punkt
gebracht, an
119 dem wir jetzt stehen. Die Klimakrise wartet nicht. Ob sie zur Klimakatastrophe wird
oder
120 nicht, entscheiden wir, hier und heute. Wir entscheiden es unter schwierigen
Bedingungen,
121 aber mit aller Entschlossenheit. Es ist nicht unsere Aufgabe, den Kopf in den Sand zu
122 stecken. Vielmehr ist es unsere Verantwortung, unsere Pflicht, zielgerichtet,
pragmatisch
123 und ohne Tabus, beherzt und konsequent das zu tun, was nötig ist, um uns alle vor der
124 Klimakatastrophe zu bewahren. Dafür arbeiten wir.

125 Doch das schaffen wir nicht allein, auch nicht als Regierungspartei. Wir brauchen dafür
126 nicht nur die Unterstützung unserer Koalitionspartner, unserer internationalen
Partner*innen
127 und unserer Partner*innen in Wirtschaft, Industrie, Landwirtschaft, in Ländern und
Kommunen,
128 sondern auch den Druck der Zivilgesellschaft, der Bewegungen und Verbände, die uns
immer
129 wieder daran erinnern, was noch mehr nötig und möglich wäre. Und wir brauchen das
Vertrauen
130 und die Mithilfe der Menschen in diesem Land. Die Menschheitskrise Erderhitzung
betrifft uns
131 alle, und nur gemeinsam können wir sie in den Griff bekommen.

132 **Klimaschutz gestalten: gemeinsam, fair, gerecht**

133 Klimaschutz und die konsequente Transformation hin zu einer klimaneutralen Zukunft
kann nur
134 gelingen, wenn wir sie für alle möglich machen. Wie das gehen kann, haben wir im
Sommer
135 gesehen, als es mit dem 9-Euro-Ticket plötzlich für viele Menschen erschwinglich war,
136 öffentlichen Nahverkehr zu nutzen und damit auch noch Geld für andere Ausgaben zu
sparen.
137 Gerade Menschen mit geringen Einkommen müssen den Mehrwert der Transformation
spüren.

138 Die Energiewende – und damit die 100-prozentige Versorgung aus Ökostrom – ist der
Garant für
139 bezahlbare Energiepreise für alle sowie für Energiesicherheit. Auch deswegen werden
wir
140 schneller beim Ausbau. Gerade jetzt muss ein CO₂-Preis mit einem sozial-gerechten
Ausgleich
141 dafür sorgen, dass notwendige Entlastung finanziert und eine klimagerechte
Wirtschaft
142 gefördert werden können. Zu einer solchen sozial gerechten Rückzahlung der
Einnahmen aus dem
143 CO₂-Preis gehört das Klimageld, das wir – wie im Koalitionsvertrag vereinbart –
gemeinsam
144 mit unseren Koalitionspartnern umsetzen wollen. Das Finanzministerium muss dazu bis
Ende des
145 Jahres einen Mechanismus vorlegen.

146 Klimaschutz sozial gerecht umzusetzen heißt auch, dass klimagerechtes Wirtschaften
und die
147 Dekarbonisierung der Industrie wettbewerbsfähig werden. Dafür braucht es grüne
Leitmärkte
148 und Investitionssicherheit, zum Beispiel durch Beschaffungsquoten für klimaneutrale
149 Grundstoffe und Klimaschutzverträge, sogenannte Carbon Contracts for Difference, die
den
150 Unterschied zwischen dem aktuellen CO₂-Preis und den tatsächlichen CO₂-
Vermeidungskosten
151 finanzieren.

152 Damit und mit konkreten Maßnahmen zur Erreichung der Sektorziele hat die Industrie
die
153 Planungssicherheit, die sie braucht, um die Produktion klimaneutral umzubauen. Die
154 tiefgreifende Transformation der gesamten Industrie, speziell der Grundstoffindustrie
und
155 aller energieintensiven Branchen, nutzen wir als Innovationstreiber für nachhaltige
156 Technologien und für den Ausbau einer Kreislaufwirtschaft, die auf erneuerbaren
Energien
157 basiert. Um künftig deutlich unabhängiger von Technologieimporten zu werden, stoßen
wir eine
158 Strategie für eine gemeinsame unabhängige europäische Industriepolitik zur
Herstellung von
159 Erzeugungsanlagen für erneuerbare Energien an. Europa kann sich in großen Teilen
sowohl
160 selbst aus heimischen erneuerbaren Energiequellen versorgen, als auch die dafür
notwendige

- 161 Technik wieder verstärkt selbst produzieren. Damit sichern wir die Energiewende ab
und
162 gestalten sie sozial ausgewogen durch gut bezahlte, zukunftsfeste Arbeitsplätze.
163 Gleichzeitig werden wir mit anderen Ländern Energiewende-Partnerschaften auf
Augenhöhe
164 forcieren.
- 165 Niedriger Energieverbrauch und erneuerbare Energieerzeugung in Gebäuden
verringern
166 finanzielle Risiken und liefern einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz und zur
167 Energiewende. Darum unterstützen wir Solardächer und machen sie zum Standard –
beginnend mit
168 Neubauten sowie öffentlichen und Gewerbegebäuden; perspektivisch ausgeweitet auf
den
169 Bestand. Wir verbessern dazu endlich wieder die Rahmenbedingungen für
Bürger*innen-
170 Energiegemeinschaften, entbürokratisieren den Mieterstrom und stärken kommunale
Beteiligung.
- 171 Kommunen und Landkreise werden wir bei Maßnahmen zur Anpassung an die Folgen
der Klimakrise
172 und zur Stärkung der Widerstandsfähigkeit gegen extreme Wetterereignisse
unterstützen. Wir
173 fördern Initiativen sowohl zur Dach- und Fassadenbegrünung als auch zur Entsiegelung
von
174 Flächen, um den Wasserhaushalt besser zu regulieren. Ein gesundes Wohnumfeld und
der Schutz
175 der Bevölkerung in Katastrophenlagen hat für uns oberste Priorität und muss
gewährleistet
176 werden.
- 177 **Energiemarkt, Netzausbau und Arbeitsmarkt: Erneuerbare im Mittelpunkt**
- 178 Um 100 Prozent erneuerbare Energien bis 2035 zu erreichen, brauchen wir ein neues
179 Energiemarktdesign, das vollständig auf Erneuerbaren fußt. Zugleich steigt für die
nötige
180 Sektorenkopplung die Notwendigkeit eines stabilen, leistungsfähigen Stromnetzes
weiter an.
- 181 Daher werden wir den Plan für den Ausbau der Übertragungsnetze kontinuierlich an
neue
182 Herausforderungen anpassen und mit dem Rück- und Umbau des Gasnetzes sowie
dem Aufbau eines
183 grünen Wasserstoffnetzes koordinieren. Gemeinsam mit den Betroffenen werden wir
die Prozesse
184 so intensivieren, dass kürzere Verfahren zu einer besseren Planung und Beteiligung
der
185 Menschen vor Ort führen. Die Netzentgelte werden wir so reformieren, dass sie die
186 Transformation zur Klimaneutralität fördern und die Kosten des Ausbaus der
erneuerbaren
187 Energien fair verteilen.
- 188 Beim Ausbau des Verteilnetzes wird eine vorausschauende Planung zur Pflicht und eng
an den

189 Ausbau von E-Mobilität, Wärmepumpen und Erneuerbaren gekoppelt. Netzanschlüsse
werden
190 schneller gebaut und digitalisiert. Flexible Strom- und Wärmespeicher in Dörfern und
191 Quartieren sichern die Versorgung und minimieren den notwendigen Netzausbau.
Schließlich
192 wollen wir Stromspitzen kostengünstig zur Wärmeerzeugung und zur Umwandlung in
andere
193 Energieträger einsetzen.

194 Eine auf 100 Prozent Erneuerbaren basierende Energieversorgung funktioniert nur
europäisch.
195 Das über ganz Europa die Sonne nicht scheint und der Wind nicht weht, das kommt
selten vor.
196 Daher müssen wir die europäischen Netze stärken und die Erneuerbaren in ganz
Europa zum
197 Standard machen.

198 Ein passgenaues und damit sektorenübergreifendes Energiemarktdesign, das die
ganze
199 Akteursvielfalt im Blick hat, ist das Herzstück eines vollständig auf Erneuerbaren
200 basierenden Energiesystems. Die Verwerfungen in der aktuellen Krise zeigen einmal
mehr, dass
201 hier dringender Handlungsbedarf besteht, den wir zusammen mit Wissenschaft und
Wirtschaft
202 adressieren.

203 Von den letzten Bundesregierungen wurde eine unübersichtliche Bürokratie aufgebaut,
die den
204 Ausbau der Erneuerbaren ausbremste. Diese bauen wir systematisch ab. Insbesondere
205 Privatleute und Bürger*innenenergie-Gemeinschaften befreien wir von den Fallstricken
206 unkalkulierbarer Ausschreibungen und Anmeldeprozessen. Die Erneuerbaren
machen wir damit
207 zum Gewinnerthema auf dem Land und in der Stadt. Kommunen werden bei Windkraft
stärker
208 beteiligt und die Menschen vor Ort können sich zu fairen Bedingungen bei
Solarprojekten
209 engagieren. Alle profitieren von sanierten Kindergärten und ausgebauten Radwegen.
Das
210 schafft Akzeptanz.

211 Auch zum Stromnetz, dem Rückgrat der Sektorenkopplung, wollen wir einen fairen
Zugang für
212 alle. Die Stromleitungen brauchen eine effiziente Auslastung, um die Kosten gering zu
213 halten. Die Landwirtschaft wird dazu mit Agri-PV und flexiblen Biogasanlagen noch
stärker
214 Teil der Energiewirtschaft, der Verkehr zum flächendeckenden Großabnehmer – und
über
215 Rückeinspeisung zum wichtigen Stabilisator unserer Netze. Die Gebäudewirtschaft
liefert
216 Solarstrom vom Dach und heizt mit Wärmepumpen.

217 **Wärmewende: effizient und erneuerbar**

218 40 Prozent der Klimagase werden in Deutschland durch Gebäude ausgestoßen. Wir
legen deshalb
219 einen Schwerpunkt auf ökologisches Heizen, Bauen und vor allem Sanieren. Nur so
können wir
220 es schaffen, die kumulierte Lücke von 152 Millionen Tonnen CO₂ zu den Klimazielen
der
221 Bundesregierung bis 2030 im Gebäudebereich zu schließen.

222 Es ist deshalb klima-, energie- und sicherheitspolitisch nicht haltbar, dass die
Gasheizung
223 die vorherrschende Wärmetechnik bleibt, mit einem Marktanteil von aktuell über 70
Prozent.
224 Und sie entwickelt sich auch für die Verbraucher*innen immer mehr zur Kostenfalle.
Heizen
225 muss zügig klimaneutral werden. Deshalb haben wir die Förderung von Gasheizungen
226 eingestellt; ab 2024 gilt eine Mindestquote von 65 Prozent Erneuerbaren für neue
Heizungen.

227 Die gesetzlichen Mindesteffizienzstandards im Neubau und Bestand werden wir mit
der Reform
228 des Gebäudeenergiegesetzes anheben und auf den Klimaschutzpfad bringen.
Erneuerbare Energie
229 für Wärme und Kühlung soll schnell das neue Normal werden. Perspektivisch wollen wir
jedes
230 neue und möglichst viele sanierte Gebäude zu Plusenergiehäusern machen. Denn
auch
231 erneuerbare Energien müssen wir effizient einsetzen.

232 Wir können die Klimaziele nur mit konsequent ressourcenschonendem und
nachhaltigem Bauen
233 erreichen. Bei jeder Planung sollte ab sofort der gesamte Stoff- und Energieverbrauch
für
234 Bau, Betrieb und späteren Rückbau berücksichtigt werden. Wir setzen uns auch hier
für den
235 Einstieg in die Kreislaufwirtschaft ein, mit dem Ziel einer kompletten stofflichen
Wieder-
236 oder Weiterverwertung. Damit energie- und ressourcenschonend sowie giftfrei gebaut
wird,
237 braucht es eine Veränderung der ökonomischen Rahmenbedingungen, ein Gebäude-
Ressourcen-
238 Gesetz sowie verbindliche Klimaschutzstandards bei allen gesetzlichen Vorgaben,
Normen und
239 Bauordnungen. Um Gebäude kreislaufgerecht planen, bauen und modernisieren zu
können, wollen
240 wir einen digitalen Gebäude-Materialpass einführen. So werden unsere Gebäude und
241 Bauschuttdeponien zu Rohstoffquellen.

242 Um die Modernisierung des Gebäudebestandes zügig und konsequent voranzubringen,
setzen wir
243 uns sowohl für eine deutliche Steigerung der bereitgestellten Fördermittel als auch für
eine

- 244 Ausrichtung von Förderrichtlinien auf die Klimaschutzwirkung der Maßnahme, auf
mehr
245 Nachhaltigkeit und auf Ressourceneffizienz ein. Hinsichtlich der verwendeten Baustoffe
246 brauchen die Programme im Sinne einer Holzbau-, Leichtbau- und
Rohstoffsicherungsstrategie
247 des Bundes eine klare Ausrichtung auf mehr Nachhaltigkeit und Ressourceneffizienz.
248 Wir setzen uns für einen wirksamen Schutz von Mieter*innen bei der Wärmewende ein.
Wir
249 wollen die Kosten für klimafreundliche Modernisierungen zwischen Vermieter*innen
und
250 Mieter*innen – auch mittels staatlicher Unterstützung – fair aufteilen.
251 Mit der Ergänzung des Wohngeldes um das Klimawohngeld wollen wir allen
ermöglichen, in
252 klimafreundlichen Wohnungen zu leben. Die Heizkostenkomponente muss dringend
der aktuellen
253 Entwicklung angepasst werden. Dazu wollen wir den Heizkostenzuschuss im Wohngeld
während der
254 Energiekrise verstetigen.
255 Aktuell bezahlen allein die Mieter*innen die Umlage des CO₂-Preises für Heizung und
256 Warmwasser. Wir begrüßen deshalb die gemeinsame Gesetzesinitiative für eine
gerechte
257 Neuverteilung des CO₂-Preises abhängig vom Sanierungsgrad zwischen Mieter*innen
und
258 Vermieter*innen.
259 Für die Energieeffizienz ist es maßgeblich, bestehende Systeme zu verknüpfen. Es
braucht
260 Quartierslösungen beispielsweise auf Basis von Wärmenetzen, die mit erneuerbaren
Quellen wie
261 Abwärme, Geo- oder Solarthermie gespeist werden und bereitgestellte Energie vor Ort
262 speichern. Auch die Fern- und Nahwärme muss dekarbonisiert werden. Dazu wollen wir
ihre
263 Förderung an klimaneutralen und gleichzeitig effizienten Lösungen ausrichten, wie an
der
264 Kombination von niedrigerer Temperatur und Wärmepumpen, und dazu die Wirtschaft
in die
265 Wärmesysteme einbinden. Für die Umsetzung dieser Systeme sind die Kommunen
zentral. Wir
266 begrüßen daher die Initiativen der Bundesregierung, die verbundenen klimaneutralen
267 Energiesysteme über die Bundesförderung für effiziente Wärmenetze auszubauen und
die
268 kommunale Wärmeplanung zu stärken.
269 **Nachhaltige Mobilität ist ein Schlüssel**
270 Insbesondere der Verkehrssektor ist derzeit nicht auf Kurs, um die Klimaziele zu
erreichen.
271 Hier wiegen die Konsequenzen der verfehlten Politik dreier CSU-Verkehrsminister
besonders
272 schwer und es gibt große Defizite bei der schnellen, dauerhaften Minderung der

Emissionen.
273 Umso wichtiger ist es, jetzt konsequent eine neue Politik zu verfolgen. Kurzfristige
274 Maßnahmen wie die Einführung einer Klimaabgabe auf Pkw-Neuzulassungen, der
soziale und
275 klimagerechte Umbau des Dienstwagenprivilegs oder ein Nachfolgemodell für das 9-
Euro-Ticket
276 sind unbedingt erforderlich.

277 Der EU-Beschluss zum Ende des fossilen Verbrennungsmotors ab 2035 ist ein riesiger
Erfolg
278 für den Klimaschutz und für grüne Umweltpolitik. Er gibt den Autoherstellern, aber
auch den
279 Ladenetzbetreibern endlich Planungssicherheit. Die Dekarbonisierung der Antriebe hat
damit
280 einen klaren europäischen Rahmen. Pkw werden in Zukunft batterieelektrisch fahren.
Damit
281 nutzen wir die effizienteste Technologie, denn auch im Verkehr muss gelten: Auch aus
282 erneuerbaren Quellen geerntete Energie ist ein knappes Gut.

283 Das im Koalitionsvertrag verankerte Ziel von 15 Millionen vollelektrischen Pkw bis
2030
284 weist den Weg. Dazu braucht es zusätzliche fiskalische Maßnahmen wie eine
Klimaabgabe für
285 Pkw-Neuzulassungen, eine deutliche Beschleunigung des Ladesäulenausbaus und eine
intensive
286 Zusammenarbeit mit Wirtschaft und Gewerkschaften zur Transformation der
Automobilindustrie.
287 Denn für alle Betroffenen gilt: Klimaneutralität kann, richtig gestaltet,
288 Menschheitsaufgabe, Standortvorteil und Jobmotor zugleich sein.

289 Von maßgeblicher Bedeutung für eine funktionierende Mobilitätswende ist ein
attraktives
290 öffentliches Angebot als Alternative zum eigenen Fahrzeug. Das 9-Euro-Ticket war
dabei ein
291 großer Erfolg. Über 30 Millionen Menschen nutzten das Ticket monatlich im
Nahverkehr und
292 rund 80 Prozent der Befragten haben sich für eine Fortsetzung ausgesprochen.

293 Der Erfolg des 9-Euro-Tickets zeigt, dass auch kurzfristige Maßnahmen für den ÖPNV
direkte
294 Klimaerfolge bringen. Deshalb wollen wir eine möglichst zeitnahe Folgeleistung. Wir
haben
295 dafür ein Konzept für eine Kombination aus einem landes- bzw. verbundweiten 29-
Euro- und
296 einem bundesweiten 49-Euro-Ticket vorgelegt. Unser Ziel bleibt, dass sich die Zahl der
297 Nutzer*innen im ÖPNV bis 2030 mindestens verdoppelt. Eine Priorisierung der Mittel
für den
298 Ausbau von Schienen- und Businfrastruktur ist daher dringend geboten. Neben der
299 Verkehrsvermeidung und der Förderung von Rad- und Fußverkehr ist dies das
effektivste
300 Mittel, um die Mobilitätswende schnell umzusetzen. Dazu müssen wir unsere
Infrastruktur
301 umbauen, um diese an unsere Klimaziele anzupassen.

302 Insbesondere die Schiene wurde jahrzehntelang vernachlässigt. Es bedarf massiver
303 Investitionen in Erhalt, Kapazitätsausbau und Elektrifizierung. Der Deutschland-Takt als

304 Zielvorgabe für ein qualitativ hochwertiges, angebotsorientiertes System stellt für uns
305 hierfür eine gute Grundlage dar, die nun endlich durch eine angemessene
Bereitstellung von

306 Finanzmitteln für Investition und Betrieb sowie für Planungskapazitäten auf den Weg
gebracht
307 werden muss.

308 Die Erhöhung der Regionalisierungsmittel ist unabdingbar, damit die Länder die
Qualität des

309 öffentlichen Nahverkehrs erhalten und verbessern können. Dies kann über den Abbau
310 umweltschädlicher Subventionen und eine ökologische Reform des
Dienstwagenprivilegs

311 finanziert werden. Der Bundesverkehrswegeplan muss dringend klimagerecht
überarbeitet und

312 reformiert werden, damit zukünftige Investitionen nicht mehr in den teuren Neubau
von

313 Autobahnen fließen. Dem klaren Vorrang der Schiene muss hier Rechnung getragen
werden.

314 Das Tempolimit auf Autobahnen bleibt für uns weiter ein schnell wirkendes und nahezu

315 kostenloses Instrument, um die Sicherheit auf den Straßen zu erhöhen und unsere
Klimabilanz

316 zu verbessern.

317 **Klima schützt Natur schützt Klima**

318 Der natürliche Klimaschutz hat Klimapotentiale, die an die Umstellung auf erneuerbare

319 Energien heranreichen. Das hat auch der jüngste IPCC-Bericht bestätigt. Im
Umkehrschluss

320 droht bei einer weiteren Zerstörung natürlicher Kohlenstoffspeicher die
Naturzerstörung zu

321 einem nicht mehr aufzuhaltenden Beschleuniger der Klimakrise und des
Artenaussterbens zu

322 werden.

323 Beide Krisen befeuern sich gegenseitig und können nur gemeinsam gelöst werden.
Nur, wenn wir

324 gesunde Natur schützen, stärken und wiederherstellen, können wir die notwendigen
Klima- und

325 Biodiversitätsziele erreichen. Deshalb ist es so wichtig, dass wir in der
Bundesregierung

326 mit dem Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz 4 Milliarden Euro in konkrete
Maßnahmen zum

327 Schutz, zur Stärkung und Wiederherstellung gesunder Natur investieren und die
relevanten

328 Maßnahmen beschleunigen. Das ist dreifach gut angelegtes Geld: für mehr
Biodiversität, für

329 mehr Klimaschutz und für mehr Klimavorsorge.

330 Gesunde Wälder und Auen, Böden und Moore, Meere und Gewässer, Grünflächen in
der Stadt: All
331 diese Ökosysteme können einen Beitrag zum natürlichen Klimaschutz leisten. Sie
können
332 Kohlenstoff aus der Atmosphäre binden und langfristig speichern. Gleichzeitig sind sie
333 wertvoller Lebensraum für bedrohte Arten und damit essentielle Voraussetzung im
Kampf gegen
334 das Artenaussterben. Außerdem leistet der natürliche Klimaschutz einen wichtigen
Beitrag zur
335 Klimavorsorge, denn gesunde Böden regulieren den Wasserhaushalt. Intakte Auen
halten das
336 Wasser zurück und tragen so zum Hochwasserschutz bei. Je besser der Zustand von
Ökosystemen
337 ist, desto widerstandsfähiger sind sie gegenüber Extremwetterereignissen wie
Trockenheit
338 oder Starkregen – und desto mehr können sie zu unserem Schutz beitragen.

339 Schwerpunkte im Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz sind eine
Renaturierungsoffensive
340 für Flüsse, Auen, Wälder und Seegraswiesen sowie der nationale Moorschutz. Wir
wollen so
341 viele Moorböden wie möglich schnell und umfassend wiedervernässen – und ein Ende
der
342 Torfnutzung. Landwirtschaftliche Betriebe werden wir bei Maßnahmen zur
Wiedervernässung und
343 bei der Einführung angepasster Bewirtschaftungsweisen unterstützen.

344 Ein naturnaher Wasserhaushalt mit lebendigen Flüssen, Seen und Auen ist ein
zentrales Ziel
345 für den natürlichen Klimaschutz. Mit der Wiederherstellung dieser Ökosysteme soll im
Sinne
346 der Vorsorge Wasser wieder stärker in der Landschaft gehalten und die schnelle
Entwässerung
347 großer Flächen reduziert werden. Um einen naturnahen Wasserhaushalt zu erreichen,
wollen wir
348 mit der Bundesregierung noch in diesem Jahr eine rahmengebende Nationale
Wasserstrategie
349 beschließen.

350 Auch Meeres- und Küstenökosysteme sind ein wichtiger Baustein des natürlichen
Klimaschutzes.
351 Denn die Weltmeere leiden nicht nur immens unter den Auswirkungen der Klimakrise.
Gesunde
352 Meere liefern gleichzeitig Sauerstoff, sie regulieren das Klima und sind ein wichtiger
CO₂-
353 Speicher. Wir werden eine verbindliche Meeresstrategie erarbeiten und ein
Aufbauprogramm für
354 Seegraswiesen, Algenwälder, Salzwiesen und weitere marine sowie Küsten-
Ökosysteme zur
355 Verbesserung der natürlichen CO₂-Speicherfähigkeit entwickeln. Eine Anrechnung von
CO₂-
356 Speicherpotenzialen durch natürliche Kohlenstoffsinken auf die Minderungsziele
lehnen wir

357 ab. Der Schutz und die Wiederherstellung von Ökosystemen als CO₂-Senken sind
zusätzliche und
358 eigenständige Ziele im Klimaschutzgesetz. Mit natürlichem Klimaschutz stärken wir
natürliche
359 Kohlenstoffsinken und bekämpfen zugleich die Biodiversitätskrise und das
Artenaussterben.
360 Gemeinsam mit unseren internationalen Partnern wollen wir die Verhandlungen bei der
361 Weltnaturschutzkonferenz in Montreal im Dezember endlich erfolgreich abschließen.
Es braucht
362 einen neuen internationalen Rahmen zum Schutz unserer Natur und mehr finanzielle
363 Unterstützung der Industrienationen für die Umsetzung im globalen Süden. Wir wollen
364 international vorangehen und werden, wie im Koalitionsvertrag festgeschrieben, eine
365 erhebliche Erhöhung der internationalen Biodiversitätsfinanzierung noch in diesem
Jahr
366 verkünden.

367 **Mehr ökologische Landnutzung**

368 Die Waldbrandgefahr vervielfacht sich im Zuge der Klimakrise durch anhaltende
Trockenheit
369 und verödete Forstlandschaften. Deshalb brauchen wir wieder mehr echte Wälder: als
370 Wasserspeicher, Luftfilter, Bodenschützer und als wichtige Verbündete beim
Klimaschutz. Wir
371 brauchen eine klimaresiliente vielfältige Landwirtschaft, um auch in Krisenzeiten gute,
372 gesunde und regionale Lebensmittel unter fairen Bedingungen für alle erzeugen zu
können.
373 Fair für das Klima, fair für Umwelt und Tiere, fair für die Verbraucher*innen – und fair
für
374 die Landwirt*innen. Denn eine nachhaltige Lebensmittelerzeugung braucht
Bäuerinnen und
375 Bauern.
376 Angesichts von immer häufigeren Dürren und Unwettern, Insektensterben und
Artenverlust in
377 der Agrarlandschaft sowie dem Höfesterben ist eine Agrarwende hin zu einer
ökologischeren,
378 tierfreundlichen und klimarobusten Landwirtschaft mit fairem Einkommen für die
379 Landwirt*innen entscheidend. Gerade in diesem Jahr zeigt sich, dass schon jetzt viele
380 Anbauregionen bei uns und in ganz Europa mit Trockenheit und Dürren zu kämpfen
haben. Und es
381 werden in den kommenden Jahren wohl immer mehr. Umso wichtiger, dass der Boden
gesund ist –
382 mit genügend Humus, um ausreichend Wasser zu speichern. Die ökologische
Bewirtschaftung
383 bietet die Chance, den Schutz der Biodiversität und des Klimas mit der
Lebensmittelerzeugung
384 gut zu verknüpfen.
385 Wir wollen den Anteil des Ökolandbaus bis 2030 auf mindestens 30 Prozent der Fläche
erhöhen.
386 Die Bundesregierung wird dazu eine Strategie auflegen, die Forschung, Betriebe und

Absatz

387 gleichermaßen fördert. Außerdem werden wir zusammen mit den Landwirt*innen eine
388 nachhaltige,
389 nasse Landwirtschaft für genutzte Moorböden entwickeln. Dazu fördert das
389 Landwirtschaftsministerium beispielsweise extensive Weidewirtschaft und
Paludikulturen –
390 auch in Kombination mit erneuerbaren Energien.

391 Agroforstsysteme, Agri-PV-Systeme, Mischkulturen, weite Fruchtfolgen mit
Zwischenfrüchten,
392 die Einarbeitung von Pflanzenresten und eine ganzjährige Bodenbedeckung machen
den Ackerbau
393 sowohl klimafreundlicher als auch robuster. Gleichzeitig können sie zu einem guten
Einkommen
394 für die Landwirt*innen beitragen. Die europäischen Agrarzahungen sollen dazu auf die
395 Honorierung dieser ganzheitlichen gesellschaftlichen Leistungen ausgerichtet werden.

396 Eine weitere zentrale Aufgabe für die nächsten Jahre ist der Umbau der
landwirtschaftlichen
397 Tierhaltung hin zu klima-, umwelt- und tiergerechten Haltungsformen. Um
Landwirt*innen auf
398 diesem Weg zu unterstützen, braucht es ein Paket aus verpflichtender
399 Tierhaltungskennzeichnung, angepasstem Bau- und Genehmigungsrecht, klaren
Regeln sowie
400 tragfähiger Förderung. Entsprechende Gesetzesentwürfe des
Landwirtschaftsministeriums liegen
401 vor. Wenn wir landwirtschaftlichen Betrieben eine echte Perspektive geben wollen,
müssen wir
402 sie bei den Mehrkosten, die durch höhere Tierschutzstandards entstehen,
unterstützen. Um
403 Klima- und Umweltziele zu erreichen, müssen wir die Tierzahlen in Deutschland senken
und sie
404 stärker an die verfügbare Fläche für die Futtermittelproduktion binden, denn Futter
von den
405 eigenen Feldern ist klimafreundlich und Weidehaltung sorgt für besseren Tierschutz.
Den
406 durch die Landwirtschaft maßgeblich mitverursachten Ausstoß von Methan und
Lachgas, der
407 einen großen Anteil zur Erderhitzung beiträgt, wollen wir deutlich verringern.

408 Eine zukunftsfeste Tierhaltung muss standortangepasst und unabhängig von
Regenwald-Soja
409 sein. Mit der Eiweißstrategie unterstützen wir diese Umstellung. Industrielle
410 Massentierhaltung ist mit einer klimagerechten Zukunft nicht vereinbar.

411 **Klimagerechtigkeit in Europa und weltweit**

412 Viele Inseln im Pazifik drohen, durch die Klimakrise unterzugehen. Die Dürre in
Ostafrika
413 verursacht Hunger und verschärft Armut. Frauen, marginalisierte Gruppen und
Menschen, die in
414 Armut leben, sind besonders von den Folgen wie Luftverschmutzung, mangelndem

Zugang zu
415 Trinkwasser und dem Schwinden von landwirtschaftlichem Boden betroffen. Die
Länder, die am
416 wenigsten zur Klimakrise beigetragen haben, leiden am meisten unter deren Folgen.
Die
417 Erderhitzung einzudämmen, ist daher nicht nur eine ökologische, sondern auch eine
418 Gerechtigkeitsfrage.

419 Das Fortschreiten der Klimakrise ist eine Gefahr für unsere Sicherheit und Freiheit.
Durch
420 die Klimaaußenpolitik muss es uns mit diplomatischen Mitteln gelingen, die globale
421 Energiewende, nachhaltige Entwicklung und den Schutz unserer Biodiversität EU-weit
und
422 international voranzutreiben. Mit der Entwicklungspolitik unterstützen wir unsere
423 Partner*innen weltweit beim langfristigen Umbau ganzer Sektoren und verfolgen eine
424 transformative, globale Strukturpolitik; damit richten wir nationale und internationale
425 Institutionen auf die Pariser Klimaziele und die Ziele für nachhaltige Entwicklung der
426 Agenda 2030 (SDGs) aus.

427 Deutschland und Europa müssen stärker mit gutem Beispiel vorangehen und
Klimagerechten
428 Wohlstand umsetzen. Konkret bedeutet das, dass die politischen Entscheidungen
daran gemessen
429 werden müssen, ob ihre Folgen mit der Einhaltung der planetaren Grenzen und den
430 Nachhaltigkeitszielen vereinbar sind.

431 Der Europäische Green Deal eröffnet die Chance, die EU zum ersten klimaneutralen
432 Wirtschaftsraum der Welt zu machen. Die ambitionierte und schnelle Umsetzung des
„Fit For
433 55“-Pakets ist dafür essentiell. Wir unterstützen alle weiteren Maßnahmen, die dazu
434 beitragen, diesen Prozess zu beschleunigen und damit die Klimaziele für Europa zu
erreichen.

435 Wir wollen gemeinsam mit der EU-Kommission den natürlichen Klimaschutz
europaweit und
436 weltweit voranbringen. Wir unterstützen die Verordnung zur Wiederherstellung der
Natur als
437 zentrales Element zur Umsetzung der europäischen Biodiversitätsstrategie.
Rechtsverbindliche
438 Ziele zur Renaturierung von Meeren, Flüssen und Wäldern, von Ökosystemen in der
Stadt und in
439 der Agrarlandschaft sowie zum Schutz von Bestäubern sind ein Aufbruch für den
Natur- und
440 Klimaschutz in der EU.

441 Die Industriestaaten haben am meisten von der Ausbeutung der globalen Ressourcen
profitiert
442 und müssen deshalb ein verlässlicher Motor und Vorreiter im Kampf gegen die
Klimakrise
443 weltweit sein. Im Rahmen der G7-Präsidentschaft hat Deutschland erste Klima- und
444 Entwicklungspartnerschaften etabliert, die wir mit weiteren Partnerländern schnell
ausbauen
445 und vorantreiben möchten.

446 In wenigen Wochen wird die UN-Klimakonferenz COP 27 in Ägypten die massiven
weltweiten
447 Auswirkungen der Klimakrise beleuchten und um Maßnahmen zu deren Bekämpfung
ringen. Es geht
448 dabei um ein ambitioniertes Arbeitsprogramm, mit dem bis 2030 global ein mit dem
1,5-Grad-
449 Ziel kompatibler Entwicklungspfad erreicht wird. An diesem Programm müssen auch
die
450 nationalen Klimaziele ausgerichtet sein. Wir erwarten eine Beschleunigung der
weltweiten
451 Energiewende sowie einen regelmäßigen politischen Austausch über die Umsetzung
der
452 Maßnahmen, über Initiativen und die Erreichung der sektoralen Ziele als Ergebnis der
453 Konferenz.

454 Ägypten gehört zu den repressivsten Staaten im Nahen und Mittleren Osten sowie in
455 Nordafrika. Zur Förderung von Klimaschutz braucht es eine starke, politisch aktive und
vom
456 Staat unabhängig agierende Zivilgesellschaft. Es ist deshalb unabdingbar, dass
Ägypten als
457 Ausrichter der COP den eigenen zivilgesellschaftlichen Akteur*innen sowie der Presse
458 dauerhaft die Freiheit gibt, auf Defizite im Klimaschutz aufmerksam machen zu
können.

459 Ansonsten droht die COP, zum Greenwashing der Staatsführung zu werden – und zu
einem
460 Instrument, um von der katastrophalen Menschenrechtsbilanz einschließlich der
tausenden
461 politischen Gefangenen abzulenken.

462 Im Rahmen der internationalen Klimapolitik muss Deutschland ein ambitioniertes,
463 solidarisches und verlässliches Partnerland sein und seiner Verantwortung für den
eigenen,
464 für den globalen Klimaschutz und für die Anpassung an die Klimakrise gerecht werden.
Dabei
465 werden wir klimapolitische Maßnahmen im Sinne des postkolonialen Ansatzes
gemeinsam mit
466 unseren Partner*innen entwickeln, eng mit multilateralen Partner*innen abstimmen
und bei der
467 Umsetzung die Länderrechte der indigenen Bevölkerung stets achten. Das ist auch
unser
468 Anspruch für das Auftreten Deutschlands bei der diesjährigen COP 27 in Ägypten.

469 Die Folgen der Klimakrise schlagen in den ärmsten Staaten der Welt ganz besonders
dramatisch
470 zu. Wir müssen deshalb die Klimaanpassung beschleunigen. Darum braucht es bei
Schäden und
471 Verlusten jetzt deutlich stärkere und verbindliche Unterstützung durch die
Industrieländer.

472 Dazu haben sich die G7 Ende Mai 2022 erstmals bekannt. Ein richtiger Schritt voran,
dem aber
473 noch viele folgen müssen.

474 Deutschland muss gerade angesichts der multiplen Krisen, die die Umsetzung von
475 Klimaprojekten in vielen Weltregionen gefährden, seinen Beitrag zur kollektiven
476 Verdopplungszusage der Anpassungsfinanzierung leisten. Ergänzend wollen wir die
477 Rahmenbedingungen für privates Kapital verbessern, wenn dieses in echten
Klimaschutz und
478 konsequente Klimaanpassung investiert wird.

479 Mit Programmen der Entwicklungspolitik wie auch der Internationalen
Klimaschutzinitiative
480 der Bundesregierung leisten wir ganz konkrete Unterstützung für mehr Klimaschutz
und
481 Klimaanpassung. Gemeinsam wollen wir als G7 vorangehen, um aus der Kohle
auszusteigen und
482 die Emissionen im Energiesektor, im Verkehr und der Industrie so schnell wie möglich
zu
483 reduzieren. Es geht darum, gemeinsam eine Welle höherer Klimaambitionen zu
erzeugen und
484 andere Staaten mitzunehmen. Gleichzeitig brauchen wir einen Schub für mehr
485 Klimagerechtigkeit und klare Fortschritte bei der Klimafinanzierung sowie ein
Umlenken
486 globaler Finanzströme im Einklang mit den Zielen des Pariser Abkommens.

487 Klimagerechtigkeit heißt aktuell vor allem, alles daran zu setzen, die große
Maßnahmenlücke
488 zwischen Klimazielen und politischem Handeln auf internationaler Ebene zu schließen.
489 Insbesondere betrifft dies den zugesagten deutschen Beitrag von jährlich 6 Milliarden
Euro
490 für die Klimafinanzierung in Ländern des globalen Südens bis 2025. Das bedeutet
auch, die
491 Länder des globalen Südens in den Bereichen Energiesicherheit, Klimaanpassung,
492 Verkehrspolitik, Landwirtschaft und nachhaltiger Wirtschaft zu unterstützen. Zur UN-
493 Klimakonferenz COP 27 im November muss die Bundesregierung dazu eine
verlässliche Zusage
494 leisten.

495 Durch den russischen Angriffskrieg ist weltweit eine neue Dynamik entstanden, denn
auch dem
496 Letzten ist nun der Zusammenhang zwischen Klima, Energie, Sicherheit, Ernährung,
Freiheit
497 und Frieden klargeworden. Viele Staaten setzen auf den Ausbau von erneuerbaren
Energien.
498 Aber es gibt auch Kräfte, die den Moment des Krieges nutzen, um unter dem Vorwand
der
499 Energiesicherheit Öl, Gas und fossile Infrastrukturen dauerhaft zu festigen und
auszubauen.

500 Umso wichtiger ist es, dass wir alle Kanäle nutzen, um die Weichen für mehr
Klimaschutz und
501 für mehr Tempo bei der globalen Energiewende zu stellen. Die Verbrechen an der
502 Menschlichkeit durch das russische Regime dürfen nicht als Deckmantel für neue
langfristige
503 fossile Abhängigkeiten dienen. Denn das würde nicht nur dem Aggressor in die Hände
spielen,
504 sondern auch die internationalen Klimaschutzmaßnahmen ad absurdum führen. Die

einfache

505 Logik, dass im Zweifel fossile Energieträger eine sichere Versorgung bereitstellen, ist
506 widerlegt. Die neue Rolle der erneuerbaren Energien als Garanten für eine starke
507 Selbstversorgung, Sicherheit und Freiheit gilt es, international zu festigen und die
508 Hinwendung zu klimaneutraler Versorgung in anderen Ländern durch strukturelle,
finanzielle
509 und technische Unterstützungsangebote zu stärken.